



Protokoll der 56. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK)

Datum: Freitag, 15. Oktober 2021
Zeit: 09.45 bis 12.10 Uhr
Ort: Verrucano – Kultur und Kongresshaus,
Platz 4, 8887 Mels

St.Gallen, 6. Dezember 2021

Vorsitzender

Walter Gartmann, Kantonsrat Kanton St.Gallen

Teilnehmende

Delegierte und Mitarbeitende Parlamente

St.Gallen	Claudia Martin, Kantonsratspräsidentin Walter Gartmann, Vorsitzender IPBK 2021, Kantonsrat Sandro Hess, Kantonsrat Robert Raths, Kantonsrat Matthias Renn, Geschäftsführer IPBK 2021
Appenzell AR	Claudia Frischknecht, Kantonsratspräsidentin Daniel Bühler, 1. Vizepräsident des Kantonsrats Margrit Müller, Kantonsrätin, Delegationsleiterin Sabrina Baumgartner, Leiterin Parlamentsdienst
Vorarlberg	Harald Sonderegger, Landtagspräsident Hubert Kinz, Abgeordneter Christoph Metzler, Abgeordneter Heidi Schuster-Burda, Abgeordnete Borghild Goldgruber-Reiner, Landtagsdirektorin
Baden-Württemberg	Nese Erikli, Mitglied des Landtags Martin Hahn, Mitglied des Landtags Stefan Böhm, Stv. Leiter des Referats Europäische Angelegenheiten
Bayern	Karl Freller, Erster Vizepräsident Andreas Jäckel, Mitglied des Landtags Florian Siekmann, Mitglied des Landtags Sarah Heidenreich, persönliche Referentin des Ersten Vizepräsidenten
Liechtenstein	Albert Frick, Landtagspräsident Nadine Gstöhl, Stv. Abgeordnete
Appenzell IR	Theres Durrer-Gander, Grossratspräsidentin Albert Manser, Grossrat
Schaffhausen	Lorenz Laich, Kantonsrat Kurt Zubler, Kantonsrat Emanuel Gyger, Leiter Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen

Thurgau Brigitte Kaufmann, Grossratspräsidentin
Gallus Müller, Kantonsrat

Zürich Benno Scherrer, Kantonsratspräsident
Esther Guyer, 1. Vizepräsidentin des Kantonsrates
Yvonne Bürgin, Kantonsrätin
Roman Schmid, Kantonsrat

Referenten / Gäste

- Eva Maron, Geschäftsleiterin Verrucano (für Traktandum 2)
- Harry Keel, Geschäftsführer Tektonikarena Sardona (für Traktandum 3)
- Dr. Roland Scherer, Direktor am Institut für Systemisches Management und Public Governance der Universität St.Gallen (für Traktandum 4)
- Claudio Tedeschi, Koordinator SDG Forum (für Traktandum 5)
- Klaus-Dieter Schnell, Geschäftsführer der IBK (für Traktandum 11)
- Josef Büchelmeier, Geschäftsführer ISB (für Traktandum 12)
- Lukas Schmucki, Leiter Parlamentsdienste, Kanton St.Gallen

Geschäftsführung / Protokoll

- Matthias Renn, Geschäftsführer IPBK 2021, Parlamentsdienste St.Gallen
- Biondina Muslii, Protokollführerin, Parlamentsdienste St.Gallen

Inhaltsverzeichnis

1	Begrüssung durch den Vorsitzenden	4
2	Information über den Konferenzort	4
3	Präsentation Tektonikarena Sardona – UNESCO Welterbe	4
4	Referat «Auswirkungen Covid-19: was machen Regionen, wenn der Bund beschliesst?»	5
5	Vorstellung des SDG Forum Bodensee: SDGs und deren Potentiale	6
6	Informationen zum Hearing «Zielbild Raum und Verkehr»	7
7	Genehmigung des Protokolls der 55. Sitzung	9
8	Rohstoffgewinnung und -sicherung im Bodenseeraum: Bericht über die Situation in Baden-Württemberg	9
9	Bericht der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm und Verabschiedung der Resolution	10
10	Informationen und Anträge aus dem Steuerungsausschuss	16
11	Information der IBK	17
12	Informationen des Internationalen Städtebundes Bodensee (ISB)	17
13	Verschiedenes	17

1 Begrüssung durch den Vorsitzenden

Walter Gartmann, Vorsitzender der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK) begrüsst die Teilnehmenden zur 56. Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz in Mels. Die Corona-Pandemie hat die Länder und Kantone und vor allem das gesellschaftliche und politische Leben weiterhin im Griff. Der Vorsitzende bedankt sich für das Verständnis, dass für die Konferenz eine Zertifikatspflicht gilt, dies erlaubt es, ohne Maske zu sprechen und sich frei zu bewegen. Das gelungene Vorabendprogramm zeigt aber erneut auf, dass ein internationaler Austausch geschätzt und ein länderübergreifender Austausch notwendig ist. Bei seiner letzten Konferenz als Vorsitzender darf Walter Gartmann wiederum feststellen, dass annähernd alle Delegierten der Mitgliedsländer und Kantone, trotz den Herbstferien, vertreten sind.

Der Vorsitzende begrüsst folgende Persönlichkeiten:

- Eva Maron, Geschäftsleiterin Verrucano;
- Harry Keel, Geschäftsführer Tektonikarena Sardona;
- Dr. Roland Scherer, Direktor am Institut für Systemisches Management und Public Governance der Universität St.Gallen;
- Claudio Tedeschi, Koordinator SDG Forum;
- Klaus-Dieter Schnell, Geschäftsführer der IBK;
- Josef Büchelmeier, Geschäftsführer ISB;
- Lukas Schmucki, Leiter Parlamentsdienste Kanton St.Gallen.

Frau Maron und die Herren Keel, Scherer und Tedeschi sind für ihre jeweiligen Referate anwesend und verlassen danach die Konferenz. Der Vorsitzende bittet die Referentin und die Referenten bei der Präsentation an das Rednerpult zu treten.

Die vom Steuerungsausschuss festgelegte Tagesordnung liegt den Unterlagen bei. Da niemand das Wort zur Tagesordnung wünscht, ist diese genehmigt.

2 Information über den Konferenzort

Der Vorsitzende begrüsst Eva Maron, Geschäftsleiterin Verrucano.

Eva Maron hielt das Begrüssungsreferat über den Konferenzort. Sie führte aus, dass mit dem Bau des Gebäudes, welches im Jahr 2020 eröffnet wurde, ein Ort der Begegnung im Dorfkern geschaffen wurde und nun die Möglichkeit bestehe, grössere Konferenzen abzuhalten und auch kulturelle Anlässe durchzuführen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Maron.

3 Präsentation Tektonikarena Sardona – UNESCO Welt-erbe

Der Vorsitzende begrüsst Harry Keel, Geschäftsführer Tektonikarena Sardona.

Harry Keel: Ausführungen gemäss Präsentation (Beilage 03).

Fragen

Benno Scherrer: Ich kenne diese Arena und bin auch ziemlich stolz darauf. Trotzdem habe ich ein paar Fragen. Die Glarner Hauptüberschiebung ist etwas, dass in den Köpfen kursiert und mir ist auch die Tektonikarena Sardona irgendwie bekannt. Die Namensgebung ist jedoch nicht ganz klar. Was meinen Sie dazu? Und dann gibt es noch den Region-Perimeter, wie kann man das voneinander abgrenzen?

Harry Keel: Die Glarner Hauptüberschiebung ist historisch so überliefert. Wir haben eine 200-jährige Forschungsgeschichte und das ganze Massiv gehört zu den Glarner Alpen und ist nicht auf den Kanton Glarus bezogen. Ich habe einmal versucht, dies zu «Sardonaüberschiebung» umzubenennen, aber ich bin in der Wissenschaft nicht durchgedrungen. Es gab einmal eine Kandidatur mit dem Namen «Glarner Hauptüberschiebung». Das war ein viel kleineres Gebiet. Die IUCN als vorberatende Institution der UNESCO hat diese Kandidatur abgelehnt und gesagt, das sei viel zu eng gefasst. Es gehe nicht nur um die Glarner Hauptüberschiebung, sondern man müsse mit der Welterbestätte alle diese Gebirgsbildungsphänomene abdecken. Man hat dann diesen Perimeter grösser gemacht und ihn umbenannt zu «Tektonikarena Sardona». Aus wissenschaftlicher Sicht ist dieser Name somit sehr gut gewählt, weil es um die Sichtbarkeit der Gebirgsbildung geht, marketingmässig leider weniger. Um den Namen in die Köpfe der Leute zu bringen, braucht es noch etwas Zeit.

Dieser Perimeter ist stückweit ein politischer Perimeter. Da gingen Verhandlungen mit den Gemeinden voraus, wo z.B. Skigebietserweiterung oder Ähnliches geplant waren, welche man wieder aus dem Perimeter herausnehmen musste, damit man schlussendlich die Zustimmung von gewissen Gemeinden erhalten konnte. Und so ist dieser Perimeter nur zum Teil ein wissenschaftlich fundierter Perimeter.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herr Keel.

4 Referat «Auswirkungen Covid-19: was machen Regionen, wenn der Bund beschliesst?»

Der Vorsitzende begrüsst Prof. Dr. Roland Scherer, Direktor am Institut für Systemisches Management und Public Governance der Universität St.Gallen

Roland Scherer: Ausführungen gemäss Präsentation (Beilage 05).

Fragen

Lorenz Laich: Das war eine spannende Retroperspektive über die Erkenntnisse aus dieser Pandemie, die einmalig waren und hoffentlich auch einmalig bleiben. Entscheidend ist nun, welche Lehren daraus gezogen wurden und wer diese Auswertungen auf Regierungsebene analysiert. Dies ist wichtig, um in Zukunft wirklich eine Entscheidungsbasis zu haben, welche dann nicht mehr diese einschneidenden Konsequenzen für die Bodenseeregionen aufweist.

Karl Freller: Meine Frage geht in die gleiche Richtung, damit wir wenigstens aus dieser Corona-Geschichte die Chance gewinnen, für die Zukunft bei ähnlichen Problemen an-

ders handeln zu können, um so etwas rechtzeitig zu vermeiden, wie es u.a. das vorgebrachte Beispiel mit dem Zugverkehr durch Schaffhausen gezeigt hat. Gibt es inzwischen eine Kommunikation, die so gefügt ist, dass sie jederzeit zwischen den Ebenen funktionieren würde? Oder ist da die Politik noch weit stärker gefordert als sie es bisher schon war? Gibt es auf Verwaltungsebene eine Kommunikationsplattform, wo man sowas vielleicht in Zukunft von vornherein aufgrund der Erfahrungen von Corona vermeiden kann? Oder was müsste ihrer Ansicht nach politisch aufgegriffen oder von den Parlamenten eingefordert werden?

Roland Scherer: Diese Kommunikationsebene gibt es derzeit immer noch und funktioniert auf der Verwaltungsebene. Und ich glaube, jetzt bestätigen sich die guten persönlichen Beziehungen, die wir über die letzten 20 Jahren aufgebaut haben, da ist sehr viel auf den kleinen Dienstwegen gegangen.

Wir haben die Analyse und den Bericht für die Ostschweizer Regierungskonferenz gemacht und die Ostschweizer Regierungskonferenz hat die klare Aussage getroffen, dass sie dadurch verstärkt in Bern präsent sein möchte und dass sie eine stärkere Rolle spielen möchte, um die Grenzregion auch in den nationalen Zentren zu vertreten und den Kontakt zu suchen.

Martin-Gossau: Das Wort Einkaufstourismus hört man nicht so gerne. Es gibt zwei Standesinitiativen der Kantone Thurgau und St.Gallen, die man dem Bundesparlament überwiesen hat und der Bundesrat muss nun Massnahmen erarbeiten. Was raten Sie dem Bundesrat?

Roland Scherer: Das dürfen meine Kollegen der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee (IHK) aus Konstanz nicht hören. Es ist sicher sinnvoll, dass man hier bestimmte Regeln einführt, um einen Ausgleich zu erreichen. Ob nun die Erhöhung der Freigrenzen allein selig macht, weiss ich nicht. Aber ich glaube, dies ist auch ein inländisches Problem, betrachtet man die unterschiedlichen Preisentwicklungen mit über 50 Prozent Preisunterschiede, und da sind die Zölle nicht mit drin. Hier liegt aber ein grundsätzliches Problem der Finanzierungsstrukturen von bestimmten Produkten vor, dass es diese Preisunterschiede gibt. Aber was wir jetzt raten könnten, kann ich ihnen nicht sagen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herr Scherer.

5 Vorstellung des SDG Forum Bodensee: SDGs und deren Potentiale

Der Vorsitzende begrüsst Claudio Tedeschi, Koordinator SDG Forum.

Claudio Tedeschi: Ausführungen gemäss Präsentation (Beilage 07).

Fragen

Martin Hahn: In Deutschland werden die Sustainable Development Goals (SDG) sehr stark von der gemeinwohlökonomischen Bewegung getragen. Wie gross ist sozusagen die Nähe und wie passt es? Und auf der anderen Seite erleben wir gerade, dass wir eine Fokussierung unserer Gesellschaft und vor allem unserer Wirtschaft zum Beispiel auf die

SDG Decarbonisierung unserer Gesellschaft haben. Und wir erleben gerade im politischen Raum, wie sich Decarbonisierung auf gesellschaftliche Gruppen auswirkt. Ich finde den Ansatz ideell, über alle Massen zu loben. Aber die weltweite Wahrnehmung der Auswirkung dessen, was wir tun, das ist die Herausforderung, vor der wir alle stehen. Und wenn ich als Bauer in Deutschland extensiv und ökologisch produziere und unsere Verbraucher nach wie vor ihre Ernährungsangewohnheiten nicht ändern, dann wird es passieren, dass irgendwo auf der Welt intensiviert und schlechter produziert wird. Das ist die Wirklichkeit einer vernetzten Produktion. Wenn ich ihren Vortrag höre und die SDG anschau, dann ist sozusagen die Wahrnehmung dessen was wir tun, weltweit eine riesen Herausforderung.

Claudio Tedeschi: Die Gemeinwohlökonomie setzt ein Gesellschaftsbild zur Seite, wie das gelingen soll. Die SDG haben sich in dieser Frage deutlich zurückgenommen. Wenn man SDG 8 anschaut, geht es um menschenwürdige Arbeit, aber auch um Wachstum, ganz speziell auch in der Entwicklung der Entwicklungsstaaten. Und da ist wichtig anzumerken, dass es eine grosse Herausforderung ist, weil es letztlich bedeutet, wie unser Verzicht aussieht, wenn man es mathematisch ressourcenmässig anschaut. Die SDG Thematik möchte ganz stark partizipativ sein. Das gefällt mir sehr am Schweizer Modell, weil es die politische Partizipation zum sozialen, ökologischen und ökonomischen Thema dazugesetzt hat. Und da glaube ich, können wir aus der Region viel von den anderen lernen. Das Forum hat auch einen zweiten sehr wichtigen Input; die jungen Leute mitzunehmen. D.h. die Diskussion ist auch eine Generationendiskussion, wenn es um Veränderungen und Neuausrichtungen geht. Das Ende oder das Ziel ist natürlich noch offen, wie wir dorthin kommen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herr Tedeschi.

6 Informationen zum Hearing «Zielbild Raum und Verkehr»

Der Vorsitzende erteilt Kantonsrat Sandro Hess, Delegierter Kanton St.Gallen, das Wort.

Sandro Hess: Ich gehe davon aus, Sie wurden bereits im Vorfeld mit den entsprechenden Unterlagen von Klaus-Dieter Schnell bedient, also mit den Präsentationen vom Hearing und auch den Schlussfolgerungen daraus, ansonsten werden die dem Protokoll beigelegt (siehe Beilage 08).

Am Hearing fand zuerst eine Einordnung der entsprechenden Fachleute statt: Eine Darstellung des Erarbeitungsprozesses, wie kam es zu diesem Entwurf, welches sind die Kernaussagen, wie sehen die Karten aus, wie ist der Stand der Perspektive im öffentlichen Verkehr bezüglich des Projekts «BodanRail 2045». Wir hatten im Anschluss an den Ausführungen der Experten die Gelegenheit, seitens der Partnerorganisationen Stellung dazu zu nehmen. Da war z.B. der internationale Städtebund Bodensee vertreten, der internationale Bodenseerat und wir als Internationale parlamentarische Bodensee-Konferenz. Ich habe in unserem Namen Stellung genommen und unsere Schwerpunkte und Inputs deponiert. Im Anschluss zu diesen verschiedenen Stellungnahmen fand eine Diskussion in Gruppen zum Entwurf statt. Wir haben Fragen gestellt und nochmals versucht, die Anliegen auf einen Nenner zu bringen, was nun die wesentlichen Punkte sind, welchen wir zustimmen und die wir sehr gut fanden, was man noch verbessern könnte oder was

vielleicht noch fehlt. Die wichtigsten Punkte aus diesem Fazit, welche auch in der Stellungnahme aufgenommen wurden (siehe Beilage 09), sind:

1. Es braucht eine höhere Gewichtung der Aspekte Nachhaltigkeit und Biodiversität. Gerade auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel und den entsprechenden Auswirkungen auf Landschaft, Landwirtschaft, Wald, Infrastrukturen usw.
2. Wir hätten uns gewünscht, einen verstärkten Blick auf noch grossräumigere Beziehungen innerhalb der Region bzw. darüber hinaus in Europa zu erhalten. Da wurden explizit Städte, Städtepartnerschaften, Städtenetze und Städtebeziehungen genannt.
3. Aus unserer Sicht wäre ein höherer Detaillierungsgrad und auch klarere Aussagen zu den touristischen Räumen, möglicherweise in Form von Tourismuskonzepten oder Präzisierungen wünschenswert. Teilweise wurde auch gerade aus den touristischen Gebieten gemeldet, dass eine Dezentralisierung gewünscht wäre.
4. Beim Güterverkehr muss eine weitere Intensivierung bei der Verlagerung auf die Eisenbahn vorangetrieben werden.
5. Der Bodensee, der See als Raumtyp selber, wurde bisher zu wenig beachtet. Es braucht klarere Aussagen zum Verkehr auf dem See, zu den Verkehrsnetzen, zu den Verbindungen mit den Schiffen, aber auch zur Ökologie und zur Wassernutzung. Dies wird in Zukunft ein wichtigeres Thema werden, sei das nun Trinkwasserversorgung oder auch Energiegewinnung usw.
6. Wir haben zusätzlich erwähnt, dass die soziale Bedeutung dieses Raumes in der Region bisher eher einen kleinen Stellenwert eingenommen hat. Deshalb können wir uns auch hier einen weiteren Schwerpunkt, eine weitere Ausarbeitung, vorstellen.
7. Auch der Flugverkehr war ein Thema, dazu folgt in Traktandum 9 mehr.

Zum Schluss möchte ich festhalten, dass am Hearing gesagt wurde, dass dieser Entwurf gut ist und er in die richtige Richtung geht.

Walter Gartmann, Vorsitzender: Ich danke Sandro Hess für die Ausführungen. Wie ich vernommen habe, war das Hearing ein sehr gutes Mittel, die Themen zu besprechen. Ich hoffe, dass die IBK auch zukünftig vermehrt darauf zurückgreifen wird. Der definitive Beschluss des «Zielbild Raum und Verkehr» wird durch die IBK-Regierungschefs-Konferenz im Dezember 2021 erfolgen. Damit soll das Zielbild richtungsweisend für die Akteure in den Mitgliedsländern und Regionen im IBK-Raum werden, wenn auch damit keine rechtliche Verpflichtung für die Planungsträger verbunden ist. Der Geschäftsführer hat am 27. September 2021 den IPBK-Mitgliedern den von den IPBK-Delegierten bereinigten Entwurf der Stellungnahme zugestellt. Gibt es dazu noch Ergänzungen, ansonsten wird das Schreiben an die IBK verschickt.

Hinweis: Einige Mitglieder (Erikli, Zubler, Kinz) machen darauf aufmerksam, dass sie den Entwurf der Stellungnahme nicht erhalten hätten und somit keine Stellung nehmen können. Der Geschäftsführer führt noch einmal aus, dass das Schreiben allen (auch den genannten) IPBK-Delegierten per E-Mail geschickt wurde. Das Schreiben wurde von der IBPK-Delegation, welche am Hearing teilgenommen haben, so verabschiedet. Der Steuerungsausschuss wünschte, dass das Schreiben allen IPBK-Mitgliedern zur Kenntnisnahme zugestellt werden soll, damit an der Konferenz Fragen geklärt oder letzte Ergänzungen gemacht werden können. Nach der Konferenz muss das Schreiben offiziell an die IBK zugestellt werden.

Walter Gartmann, Vorsitzender: Da vorab und heute keine weiteren Ergänzungen oder Korrekturen eingegangen sind, wird das Schreiben so verschickt und dem Protokoll beigelegt. Das Thema ist somit erledigt. Ich möchte mich bei allen, die hier tatkräftig mitgewirkt haben, herzlichst bedanken. Ich finde, es konnte eine gute Lösung gefunden werden.

7 Genehmigung des Protokolls der 55. Sitzung

Das Protokoll der 55. Sitzung der IPBK vom 25. Juni 2021 wird ohne Änderungen genehmigt und den Verfassern verdankt.

8 Rohstoffgewinnung und -sicherung im Bodenseeraum: Bericht über die Situation in Baden-Württemberg

Der Vorsitzende erteilt Martin Hahn, Mitglied des Landtags Baden-Württemberg, das Wort.

Martin Hahn: Die Art und Weise, wie ich das aufgerufen habe, war vielleicht ungewöhnlich, aber ich glaube das ist ein Thema, das uns alle betrifft und ganz unterschiedlich gehandhabt wird. Wir leben alle in wesentlicher Masse in einer pulsierenden Region. Herr Scherer hat es vorher sehr trefflich dargestellt, nicht nur im Export, aber auch im Binnenmarkt, in der Produktion, im Bau, darin, wie wir sanieren und wie wir solche Gebäude erstellen. Natürlich sind wir massgeblich auf Gesteine, Steine, Nachprodukte von Steinen, Zement und so weiter angewiesen. Und das ist auch ein sehr gutes Zeichen, dass wir alle diese Dinge, die wir benötigen, bei uns haben.

Bei uns in Baden-Württemberg wird die Rohstoffsicherung im Bereich Steine über die Regionalverbände abgewickelt. Diese machen die Rohstoffsicherung und wir hatten eine unselbige Debatte in unserem Regionalverband Bodensee Oberschwaben. Weil es immer wieder darum ging, warum man Rohstoffe überhaupt abbauen müsse und wie der Im- und Export aussieht. Bei uns wird de facto pro Mensch, Einwohner und Tag, ein Kilo Stein zum Bauen usw. verwendet. Die polarisierte Debatte endete dann ungünstig, da wir Parlamentarier so quasi die Prellböcke dafür waren, was verwaltungstechnisch alles passiert. Es wurde dann diskutiert, dass die Vorarlberger es völlig anders machen würden und dann heisst es bezüglich der Grenzregion, dass der Export schlecht sei und vieles hin und her gehe. Darum habe ich beschlossen, der Sache nachzugehen und fragte, wie es denn die Vorarlberger machen und wie gross die Im- und Export Mengen sind. Wir warten nun auf die entsprechenden Erhebungen, um da klare Zahlen zu haben.

Wichtig ist, und ich glaube, das geht hier allen so, dass die Grenzregionen für einen freien Warentausch eintreten, denn diesen brauchen wir in unserer Region. Aber es macht natürlich trotzdem keinen Sinn, banalen Kies von Oberschwaben nach Vorarlberg zu schicken und von Vorarlberg in den Kanton St.Gallen. Darum soll die Frage in der IPBK aufgenommen und geklärt werden. Wir als Bodenseeparlamentarier müssen nämlich unsere Köpfe für das hinhalten, darum wollte ich dieses Thema einbringen.

Walter Gartmann, Vorsitzender: Ich danke Martin Hahn für seine Ausführungen und seinen Einsatz. Das ist sicher ein Thema, das wir aufnehmen sollten und vielleicht in Bezug einer Hearingform bearbeiten müssten. Das ist für die Schweiz und Vorarlberg ebenso ein Thema. Ich mache beliebt, dass wir dieses Thema an Margrit Müller, Appenzell Ausserrhoden als Auftrag weitergeben und dass wir im nächsten Jahr eindringlich darauf eingehen, sobald die Erhebungen vorhanden sind. Die IPBK stimmt diesem Vorgehen zu.

9 Bericht der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm und Verabschiedung der Resolution

Walter Gartmann, Vorsitzender: Gerne mache ich eine kurze Replik zum Auftrag aus der Frühjahrskonferenz. Der Präsident der Arbeitsgruppe wurde beauftragt, eine Sitzung mit allen Involvierten einzuberufen. Leider konnte kein Termin gefunden werden, bei dem eine Vertretung von Baden-Württemberg teilnehmen konnte. Die Arbeitsgruppe hat sich dann am 6. Oktober 2021 trotzdem getroffen. Es folgt nun eine Berichterstattung von Yvonne Bürgin, da Markus Müller leider heute nicht anwesend sein kann. Im Anschluss werden wir die vorliegende Resolution diskutieren, dabei bitte ich alle Delegationen eine kurze Stellungnahme zu machen. Abschliessend hat die IPBK dann folgende Möglichkeiten:

- Variante 1: Verabschiedung der vorliegenden Resolution und Auflösung der Arbeitsgruppe
- Variante 2: Verabschiedung der heute angepassten Resolution und Auflösung der Arbeitsgruppe
- Variante 3: Rückzug der Resolution und Auflösung der Arbeitsgruppe

Der Steuerungsausschuss steht allen Varianten offen gegenüber, macht aber klar, dass keine Abstimmung durchgeführt werden soll, wenn es offensichtlich ist, dass eine Delegation der Resolution nicht zustimmen kann. Dies ganz nach der Tradition und der Gewohnheit der IPBK, Beschlüsse im Konsens zu fassen. Sollte dies der Fall sein, zieht der Steuerungsausschuss die Resolution zurück und löst die Arbeitsgruppe heute auf (Variante 3). Der Steuerungsausschuss erhofft sich aber, dass heute eine Einigung gefunden wird und das ursprüngliche Ziel «die Diskussion wiederaufzunehmen und Lösungen anzustreben» mittels einer Resolution erreicht wird.

Yvonne Bürgin: In den vergangenen Konferenzen haben wir mehrmals über diese Resolution und über die Arbeit der Arbeitsgruppe berichtet und ganz besonders ausführlich an der letzten Frühjahrskonferenz. Auf Wunsch der Delegierten von Baden-Württemberg wurde die Verabschiedung der Resolution jedoch auf die heutige Herbsttagung verschoben mit dem Wunsch, dass die Arbeitsgruppe nochmals zusammenkommt. Dieses Treffen hat dann aufgrund des Unfalles von Markus Müller per Zoom stattgefunden. Die Arbeitsgruppe hat sich nochmals intensiv mit der Resolution auseinandergesetzt. Leider, wie sie gehört haben, hat die Vertreterin von Baden-Württemberg nicht teilgenommen. Die grösseren Änderungen möchte ich Ihnen kurz erläutern.

Die eigentliche Resolution haben wir belassen, die haben wir nicht geändert. Aber wir haben eine grössere Anpassung vor allem in der Einleitung gemacht, indem wir sehr stark gekürzt haben. Und ganz weg gestrichen haben wir die möglichen politischen und technischen Aspekte, welche als Lösungsansätze hätten in Betracht gezogen werden können. Diese Lösungsansätze finden sie nicht mehr in der heutigen Resolution, sondern nur noch in der alten Version aus der Frühjahrskonferenz. Mit dieser starken Kürzung des Gesamt-Textes und somit der sehr schlanken Fassung der heutigen Resolution, erhoffen wir uns, dass es heute der IPBK möglich sein sollte, der Resolution zuzustimmen.

Unser Auftrag als Arbeitsgruppe beinhaltete im Wesentlichen drei Hauptbestandteile:

1. Aufnahme des Ist-Zustand und Einholung der Meinung von Betroffenen, Behörden und Vertretern aus Politik. Explizit verlangte damals der Baden-Württemberg Vertreter den Einbezug der drei betroffenen Landräte.
2. Es wurde gefordert, dass wir Vorschläge von Lösungsansätzen machen.

3. Es war die Aufgabe, einen ausformulierten Resolutionsvorschlag zu erstellen.

Punkt 1 haben wir intensiv wahrgenommen im Dialog mit Betroffenen, mit Repräsentanten Flughafen Zürich, dem Bundesamt für Zivilluftfahrt, mit den Landräten Waldshut, Schwarzwald-Bahr und Konstanz sowie natürlich den Parlamentariern der IPBK, welche in der Arbeitsgruppe vertreten waren und vertreten sind. Es hat auch hier immer wieder Wechsel gegeben.

Bei Punkt 2 wurde rasch klar, dass es nicht die Aufgabe der IPBK ist, konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Aus dem grossen Know-how und dem erarbeiteten Verständnis heraus haben wir uns entschlossen, mögliche Lösungsansätze in die Einleitung und in die der vorgängigen Version der Resolution angefügten Aspekte einfliessen zu lassen. Diese Punkte waren alle besprochen mit den Landräten und ihre Inputs wurden weitgehend berücksichtigt und sind eingeflossen. Wir appellieren aber an ihr Verständnis, dass nicht allein und einseitig die Wunschlösungsansätze einer einzigen Partei festgehalten werden dürfen. Den IPBK-Vertretern von Baden-Württemberg ging diese ausschliessliche Erwähnung von Fakten und Lösungsansätzen aber bereits zu weit und daher hat die Arbeitsgruppe beschlossen, diese Punkte vollständig wegzulassen. Sie waren gut gemeint und konstruktiv, können aber problemlos von der eigentlichen Resolution getrennt werden. Daher haben wir das rausgenommen.

Damit bleibt Punkt 3 und damit der Hauptauftrag, die eigentliche Resolution, welche Ihnen nun heute vorliegt.

Was beinhaltet die Resolution?

1. Es ist die konkrete Aufforderung, den blockierten Prozess wiederaufzunehmen. Das war seit Beginn die Hauptaufgabe, weshalb die Arbeitsgruppe überhaupt ins Leben gerufen wurde. Uns ist allen klar, dass die Lösung und allenfalls ein Staatsvertrag von Bern und Berlin kommen muss. Aber ebenso klar ist, dass die Lösungsansätze und Vorschläge aus der Region kommen müssen. Interessanterweise wurde genau das immer von Baden-Württemberg und den Landräten verlangt. Der vorliegende Vorschlag müsste also genau in ihrem Sinne sein.
2. In Punkt 2 werden deshalb Bern und Berlin dazu aufgerufen, einvernehmliche Lösungen vorzuschlagen. Selbstverständlich im Dialog mit den betroffenen Verantwortungsträgern.
3. Und als 3. Punkt regen wir daher an, mit einer Regionalkonferenz die betroffenen Bürger zu beteiligen. Als Vorbild könnte die Regionalkonferenz Atomendlager dienen. Die Bürgerpartizipation als Bottom-Up Ansatz ist sehr wichtig und sollte im Interesse von uns allen liegen.

Fazit: Die Arbeitsgruppe steht einstimmig hinter der Resolution, mit Ausnahme der Vertreterin von Baden-Württemberg, welche leider verhindert war. Wir haben alle Punkte der Baden-Württembergischen Delegation, soweit sie uns kommuniziert wurden, aufgenommen. Ebenso haben wir alle Einwände der Landkreise einbezogen. Es ist illusorisch darauf zu beharren, dass der Flugverkehr eines internationalen Flughafens in seiner Anzahl Flugbewegungen auf den Stand von vor ein paar Jahrzehnten zurückzufahren sei. Sondern zielführend wäre, das Gespräch endlich wiederaufzunehmen und gemeinsam alle Möglichkeiten zu prüfen und Kompromisse zu suchen. Die Resolution will einzig und allein diesen Prozess wieder in Gang bringen. Wir sehen keinen plausiblen Grund, die aktualisierte, heute gekürzte Resolution abzulehnen. Wir danken allen, die in diesem langen Prozess mitgearbeitet haben und bitten Sie, der Resolution zuzustimmen.

Diskussion

Nese Erikli: Ich danke für den Bericht der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich und ich bedaure es sehr, dass der Vorsitzende Markus Müller aufgrund eines Unfalles nicht dabei sein kann. Wir wünschen ihm eine gute Genesung und danken ihm und allen Mitgliedern in der Arbeitsgruppe für die Mühe und Zeit, die sie in diese Thematik investiert haben. In der Sache möchte ich aber nicht lange um den heißen Brei herumreden. Auf Grundlage von Art. 13 Abs. 2 des Status der IPBK lege ich hiermit für das Mitgliedsland Baden-Württemberg das Veto gegen den vorgelegten Resolutionsentwurf ein. Hierfür gibt es verschiedene Gründe, von denen ich nur einige ganz kurz auflisten möchte.

Zunächst möchte ich feststellen, dass ich erst seit der letzten Sitzung der Konferenz anhöre, mit der bereits im 2017 eingerichteten Arbeitsgruppe und deren Arbeit zuvor also selbst keine Berührungspunkte hatte. Auch den Resolutionsentwurf habe ich erst kurz vor der letzten Sitzung übermittelt bekommen, hierauf hatte Landtagspräsidentin Aras auf der letzten Plenarsitzung auch hingewiesen. Gerne habe ich mich aber zum Nachgang der Sitzung am 28. Juli 2021 mit den betroffenen Landräten Danner, Hintersee und Dr. Kisler, deren Landkreise eben unmittelbar und direkt betroffen sind, über diesen Entwurf ausgetauscht. Über den ersten Entwurf und im Nachgang haben wir uns als Baden-Württembergische Delegation dazu abgestimmt. Aus diesem Gespräch ist daraus hervorgegangen, dass ihre Punkte nicht alle Berücksichtigung gefunden haben. Das insgesamt nach diesen Gesprächen ablehnende Ergebnis habe ich dem Vorsitzenden Markus Müller am 8. September 2021 auch schriftlich mitgeteilt und gerne zitiere ich zu ihrer Information auch aus diesem Schreiben, indem unsere ablehnende Haltung begründet wird.

«Wir sind der Auffassung, dass eine von uns allen gewünschte einvernehmliche Lösung nur von den beiden für einen Staatsvertrag zuständigen nationalen Regierungen in Bern und Berlin gefunden werden kann. Diese sind gefordert, eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort durchzuführen, die Vorschläge der betroffenen Menschen aus der Region müssen aufgenommen werden, um einen gemeinsamen Kompromiss herbeizuführen. Eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe einzuberufen, scheint uns deshalb nicht zielführend zumal auch die Positionen, wie der Fluglärm im Raum Südbaden, Hochrhein reduziert werden kann, einfach zu weit auseinanderliegen. Im Ergebnis ist entscheidend, dass die beiden nationalen Regierungen auf Grundlage einer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aus den betroffenen Regionen zu einer guten Lösung kommen, die den Menschen, der Umwelt und der Wirtschaft unserer Region gerecht werden.»

Im Nachgang zu diesem Schreiben haben wir am 5. Oktober 2021 nochmal einen angepassten Resolutionsentwurf erhalten, der aber keine Auswirkungen auf unsere Positionen mit obiger Argumentation hat. Darüber hatte ich per Mail am 6. Oktober 2021 informiert. Die Arbeitsgruppe hat dann am 6. Oktober 2021 noch einmal getagt und geringfügige Änderungen am Entwurf vorgenommen, welche uns am 13. Oktober 2021 übermittelt wurden. Verbunden mit der Information, der komplette Entwurf sei mit der Vertretung von Baden-Württemberg abgesprochen worden. Diese Aussage ist nicht korrekt. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle mein Befremden über dieses Vorgehen auch ausdrücken. Der vorliegende Resolutionsentwurf des letzten Stands wurde zu keinem Zeitpunkt mit uns abgesprochen, wir haben ihm im Vorfeld auch nicht zugestimmt und wir stimmen ihm auch jetzt nicht zu. Ich selbst konnte an der besagten Sitzung, an dieser letzten Arbeitsgruppensitzung nicht teilnehmen, weil ich eine präsenzpflichtige Plenarsitzung im Landtag hatte. Mir ist bewusst, dass die IPBK ein auf Konsens ausgelegtes Gremium ist, nun haben wir

eben einen Punkt, bei dem wir in diesem Gremium nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen werden. Und der ganze Prozess hätte bestimmt besser gesteuert werden können. Im Ergebnis sollten wir aber nun so ehrlich sein, dass wir an diesem Punkt nicht zu einem Konsens kommen, die Arbeitsgruppe auflösen und uns auf Themen konzentrieren, bei denen wir gemeinsam weiterkommen können.

Walter Gartmann Vorsitzender: Ich danke für die Ausführung und beantrage deshalb, die Resolution zurückzuziehen und die Auflösung der Arbeitsgruppe. Wird das Wort dazu gewünscht?

Kurt Zubler: Ich finde das etwas sehr kurz. Ich finde, was auch in diesem Prozess passiert ist, müssen wir uns etwas zu Gemüte führen. Ich denke, wir müssen auch als IPBK davon lernen, es geht auch um das vorletzte Traktandum mit dieser Stellungnahme. Ich glaube die Kommunikation unter uns, wenn wir als IPBK gut zusammenarbeiten möchten, muss verbessert werden. Das war jetzt bei diesen beiden Geschäften (Traktandum 6 und 9) suboptimal. Ich finde das war eine Lehre, die wir sowieso ziehen müssen. Das zweite ist aber eine Frage, die ich doch an die Baden-Württembergische Delegation stellen möchte. Wir haben gehört, dass die nationalen Gremien hier aktiv sein müssten und dass das Gespräch mit der Bürgerbeteiligung stattfinden müsse. Das sind die Punkte 2 und 3 der Resolution, die eigentlich genau diesen Wunsch abdecken. Und wir haben beim Referat von Herrn Scherer gehört, dass unsere Parlamente und wir als IPBK uns eben auch bei diesen grenzüberschreitenden Themen an die nationalen Regierungen richten und wir dort hörbar sein müssen. Da müssen wir uns einbringen und etwas fordern. Und wenn wir jetzt sagen, Übung abgebrochen, dann ist etwas falsch. Ich würde beantragen, dass Baden-Württemberg die Punkte 2 und 3 noch einmal anschaut und sich darüber berät, ob man diese so heute beschliessen könnte.

Walter Gartmann, Vorsitzender: Wir haben diesbezüglich etliche Diskussionen geführt und haben es mehrfach an die Arbeitsgruppe zurückgegeben und gesagt, wir möchten dann wieder über die Resolution befinden. Es ist aber nie ein Konsens entstanden. Und ich habe vorhin gesagt, es gibt einige Regionen, die es stärker betrifft und mein Anliegen ist es, entweder lösen wir die Arbeitsgruppe auf und diskutieren auf einer anderen Basis oder wir schieben es weiter. Wir haben heute leider zu wenig Zeit, um die Resolution inhaltlich zu diskutieren. Ich verstehe aber den Einwand von Kurt Zubler, dass dies heute nötig wäre. Ich habe auch einmal in einer Steueraussschusssitzung gesagt, wir müssten gewisse Themen intensiver diskutieren und dafür mehr Zeit einplanen. Dies ist vorgängig aber sehr schwer abschätzbar, an der Frühjahrskonferenz fand zum selben Thema keine Diskussion statt. Darum meine Frage: Schieben wir das Thema nochmals hinaus oder lösen wir die Arbeitsgruppe heute auf?

Kurt Zubler: Wir müssen es schon jetzt zu Ende bringen, aber wir müssen es doch diskutieren. Sonst werden wir als Konferenz nur Präsentationen hören und keine Diskussionen führen. Dann können wir die IPBK gleich abschaffen.

Esther Guyer: Ich war von Anfang an dabei und ich finde es nicht in Ordnung, wenn der Vorsitzende zu viel steuern möchte. Wir sind angewiesen, dass wir Papiere verfassen und diskutieren können. Es stimmt, es hat lange gedauert, aber der Fehler war auch, dass Baden-Württemberg nie ernsthaft mit der Arbeitsgruppe geredet hat. Und jetzt ist es natürlich

eine Ausrede, wenn es heisst, man sei neu dabei und könne sich noch nicht dazu äussern. Die Arbeitsgruppe hat schon lange gearbeitet, die Papiere und die Diskussionen waren allen bekannt. Es ist schade, wenn man sich dem Gespräch verweigert.

Ob wir über diese Resolution heute oder ein anderes Mal diskutieren oder die Arbeitsgruppe jetzt auflösen spielt mir keine Rolle. Mir geht es wie Kurt Zubler, ich habe von Baden-Württemberg keine anderen Forderungen gehört, als das, was in der Resolution steht. Die Resolution will ja genau, dass Bern und Berlin aktiv werden und etwas unternehmen sollen. Worin die Angst besteht, weiss ich nicht. Diese Gründe haben wir nicht gehört. Und das ist schade.

Wir müssen in der IPBK zusammenarbeiten, sonst bleiben wir besser zu Hause. Ich war dabei, wie wir die neuen Statuten aufgestellt haben und wir möchten eigentlich den Dialog pflegen. Wenn man sich diesem verweigert, dann braucht es diese Versammlung nicht. Man muss sich wirklich kümmern, man muss sich einbringen. Ich schliesse mich dem Votum von Kurt Zubler zur Verbesserung der Kommunikation an.

Walter Gartmann, Vorsitzender: Ich hoffe nicht, dass ich falsch verstanden werde. Ich würde gerne heute abstimmen oder sonst braucht es nochmals eine Diskussionsrunde in der Arbeitsgruppe und das Thema muss an der nächsten Sitzung im Frühjahr noch einmal aufgenommen werden.

Gallus Müller: Seit Jahren existiert zum Flugverkehr des Flughafens Zürich nur eine einseitige Bestimmung, da ein Staatsvertrag nicht zustande gekommen ist. Ich war seit Beginn weg in dieser Arbeitsgruppe und kann deshalb etwas nachvollziehen, was abgegangen ist. Mit dieser nun vorliegenden Resolution möchten wir gerade die Wunschpunkte aus Baden-Württemberg erreichen, dass nämlich die Gespräche zwischen Deutschland und der Schweiz wieder aufgenommen werden und um allzeit faire Lösungen für den Flugverkehr im Bereich des Flughafens Zürichs, respektive rund um den Bodensee, zu erreichen. Deshalb wird in dieser Resolution auch gefordert, dass dazu die direkt Betroffenen mit im Boot sind. Ich weiss wovon ich spreche, war doch unser Kanton Thurgau bei den Gesprächen zum Zielprozess, also zu Sachplan, Infrastruktur und Luftfahrt, bei den direkten Gesprächen nicht eingeladen. Nur eine Information und die jeweiligen Stellungnahmen dazu reichen einfach nicht. Wenn aber die Meinung aller Betroffenen gefragt ist und gehört wird, liegt eine breit abgestützte Regelung weit näher und wird sicher zu einer besseren Lösung führen. Ich erachte einen daraus resultierenden Staatsvertrag als richtig und vor allem auch wichtig, gibt doch ein solcher für wirklich alle die notwendige Sicherheit. Noch etwas, Grenzen sollten keine unüberbrückbare Mauer sein. Und darum bitte ich jetzt, über diese Resolution abzustimmen und wenn diese nicht zustande kommt, was ich ausserordentlich bedauern würde, dann können wir einen Schlusstrich ziehen. Aber erst dann wird der Schlusstrich gezogen.

Nese Erikli: Ich hatte vorhin betont, dass wir ein Gremium sind, das auch auf Konsens ausgelegt ist. Ich möchte gerne nochmals betonen, dass die Positionen grundsätzlich sehr weit auseinanderliegen. Wir haben ein Landtagsbeschluss und die Stuttgarter Erklärung mit maximal 80'000 Flugbewegungen im Jahr, das ist auch eines der Kernanliegen aus der Region und ich habe mit den Landräten nochmals gesprochen, weil immer wieder die Aussage getätigt wurde, auch seitens Markus Müller, dass die Landräte einverstanden sind, dem war nicht so. Markus Müller hatte mir auch nach der letzten Sitzung im Frühjahr versprochen, dass wir ein Doodle machen und uns möglichst im August treffen. Auch das ist nicht passiert. Und ich muss schon sagen, die Art und Weise, wie das alles vorbereitet

wurde, war für uns schwierig, sodass wir grösstenteils gar nicht die Gelegenheit hatten, an Sitzungen teilzunehmen. Also gerade die letzte Sitzung war an einem Plenartag, ich hatte keine Alternativangebote. Ich finde es deshalb schwierig von der Kollegin zu hören, Baden-Württemberg habe sich da verschlossen. Das war nicht so. Ich glaube, dass wir heute keine Einigung finden werden, weil auch zwei Kolleginnen und Kollegen abwesend sind. Ein solcher Text muss vorbereitet werden. Es handelt sich um eine sehr anspruchsvolle und hoch komplexe Materie und ich habe eingangs auch gesagt, dass wir von unserem Vetorecht gebraucht machen werden. Und dabei wird es auch bleiben.

Robert Raths: Ich bin auch Mitglied in dieser Arbeitsgruppe. Und ich möchte die Worte von Esther Guyer und Gallus Müller sehr unterstützen und würde es auch falsch finden, wenn wir jetzt diese Arbeitsgruppe auflösen und dadurch einen Staatsvertrag vielleicht auch nicht erhalten würden. Ich appelliere auch an den Flugplatz St.Gallen-Altenrhein. Ein Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Österreich wurde auch möglich und es wäre für mich wirklich fatal, wenn wir jetzt einfach aufhören würden. Und ich denke, wir sitzen hier drin, ich bin begeistert in dieser Gruppe, der Vorabend hat mir gefallen, aber, wenn wir heute einfach sagen, wir hören auf, dann frage ich mich, was ich hier verloren habe.

Kurt Zuber: Da Baden-Württemberg das Veto einreicht, müssen wir gar nicht abstimmen. Ich habe ja angeregt, ob sie darauf zurückkommen und zumindest den Punkt 2 und 3 mittragen könnten. Das war mein Anlass, nicht alles wegzuspülen, sondern quasi eine Kompromisslösung zu finden. Und wenn das nicht möglich ist, wäre eben im Sinne von Robert Raths allenfalls zu fragen, die Diskussion weiterzuführen und dies an der nächsten Sitzung zu besprechen.

Walter Gartmann, Vorsitzender: Das Veto habe ich gehört, eine Abstimmung sowie ein Kompromissantrag steht im Raum. Ich schlage deshalb vor, dass ich Nese Erikli den Auftrag gebe, die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe einzuberufen, damit die Resolution diskutiert werden kann und dann an der Frühjahrskonferenz darüber Bericht erstattet wird.

Yvonne Bürgin: Eigentlich war geplant, dass sich die Arbeitsgruppe jetzt auflöst. Wir wollten schon im Frühjahr zum Abschluss kommen und haben vertagt auf heute. Es ist schade, wenn das Veto eingereicht wird, wir hätten auch gerne gehört, was die anderen dazu sagen. Die Arbeitsgruppe weiterzuführen macht keinen Sinn. Markus Müller wird wohl nicht mehr dabei sein und wir haben in diesen vier Jahren auch bemerkt, die Zusammensetzung ändert sich immer wieder. Wir drehen uns im Kreis. Wir müssen heute Farbe bekennen und dann vielleicht neu beginnen, aber nicht so wie es bisher gelaufen ist. Das Ziel für die Arbeitsgruppe ist es nicht, diese weiterzuführen, sondern heute über die Resolution abzustimmen auch wenn wir keine Einstimmigkeit finden.

Nese Erikli: Nachdem von den Kolleginnen und Kollegen expliziert nochmals vorgeschlagen wurde, über Punkt 2 und 3 zu diskutieren, schlage ich vor, dass die Baden-Württembergische Delegation diese zwei Punkte erneut anschaut. Wir hatten jetzt auch nach dem Oktobertermin keine Gelegenheit uns intern abzustimmen, weil seit dem Frühjahrstreffen diese Entscheidungen relativ kurzfristig getroffen wurden. D.h. wir würden das Thema, wie der Vorsitzende vorgeschlagen hat, noch einmal mitnehmen und genau anschauen und uns überlegen, in welchen Punkten man zusammenkommen kann oder auch nicht.

Walter Gartmann, Vorsitzender: Ich stelle fest, dass alle mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Nese Erikli erhält den Auftrag, die Sitzung mit der Arbeitsgruppe einzuberufen, dann der Frühjahrskonferenz Bericht zu erstatten und wenn möglich eine abgestützte Resolution vorzulegen.

Der Vorsitzende bedankt sich ganz herzlich bei Markus Müller für die immense Arbeit und den langen Schnauf. Dank seinem Fachwissen und dem nötigen Netzwerk hat er die Arbeitsgruppe umsichtig geführt und das Ziel erreicht, dass die Diskussionen in unterschiedlichen Kreisen und Gremien geführt wurden. Vielen Dank.

10 Informationen und Anträge aus dem Steuerungsausschuss

Da die Diskussionen zu den Traktanden 6. und 9 ausserplanmässig lange verliefen, wird beschlossen, die Traktanden 10 bis 12 nicht mehr zu beraten. Die Stellungnahmen werden zu Händen des Protokolls dem Geschäftsführer einreicht.

Schriftliche Stellungnahme des Vorsitzenden

Themencall

Jeweils rund zwei Monate vor einer Konferenz werden alle Delegierten gebeten, mögliche Themen dem Vorsitz zu melden. Einige Themen bedürfen einer ausführlicheren Aufarbeitung und können heute noch nicht traktandiert werden. Diese Punkte werden auf der Pendenzliste des Steuerungsausschusses aufgeführt und dienen den nachfolgend Vorsitzenden als Themeninputs. Über einige Themen, bei welchen Abklärungen weniger aufwändig sind, werden heute ein paar Ausführungen gemacht. Der Vorsitzende bittet alle, die Gelegenheit des Themencalls jeweils zu nutzen.

AIS: einheitliche Funkfrequenz auf dem Bodensee

Es wurde das Thema «AIS: einheitliche Funkfrequenz auf dem Bodensee» erneut eingebracht, obwohl die IPBK das Thema im 2018 abgeschrieben hat. Dies deshalb, da die entsprechenden Frequenzen nicht belegt sind. Nach Rücksprache mit Gunnar Paul, Vizepräsident des Internationalen Bodenseerates, kann Folgendes mitgeteilt werden:

«Zu diesem Thema gibt es vieles zu bemerken, zum einen die hohen Kosten des festen Einbaus des AIS, die Sicherstellung einer flächendeckenden Einführung – da nur dann eine vollständige Sicherheit erreicht wird – oder aber auch der Hinweis auf andere neuere Produkte wie z.B. einem vollwertigen Sprechfunkgerät mit der integrierten AIS Empfangsfunktion. Der Nutzer würde alarmiert, wenn ein Fahrzeug auf Kollisionskurs zu seiner Position sich befindet. Er könnte dann mit demselben Gerät per Funk auf seine Position aufmerksam machen. Die Positionsdaten liefert ihm das eingebaute GPS des Funkgerätes gleich mit.»

Wie Harald Sonderegger am 19. Oktober 2019 festgehalten hat, gelange ich zur selben Einschätzung, dass eine verpflichtende, allgemeine Einführung vom Inland für die Navigation der Schifffahrt auf dem Bodensee nicht erforderlich sein dürfte. Die Frage stellt sich nun trotzdem, ob die IPBK bei der internationalen Schifffahrtskommission vom Bodensee erneut politisch aktiv werden will. Wird dazu das Wort gewünscht?

11 Information der IBK

Schriftliche Stellungnahme von Klaus Dieter Schnell (siehe Beilage 10)

12 Informationen des Internationalen Städtebundes Bodensee (ISB)

Die Berichterstattung erfolgt an der Frühjahrskonferenz 2022.

13 Verschiedenes

Der Vorsitzende gibt die Daten vom Kanton Appenzell Ausserrhoden für das kommende Jahr 2022 bekannt:

- Frühjahrskonferenz: 28./29. April 2022
- PräsidentInnentreffen: 17. Juni 2022
- Herbstkonferenz: 20./21. Oktober 2022

Walter Gartmann übergibt den Vorsitz vom Kanton St.Gallen an den Kanton Appenzell Ausserrhoden. Er bedankt sich nochmals bei Harald Sonderegger für sein Engagement im Steuerungsausschuss und die vielen freundschaftlichen Begegnungen. Margrit Müller überreicht er symbolisch die IPBK-Glocke und wünscht ihr alles Gute für das kommende Vorsitzjahr. Er ist überzeugt, dass weiterhin eine gut zusammenarbeitet wird und der Kanton St.Gallen wird mit Rat und Unterstützung zur Seite stehen. Zuletzt bedankt er sich bei seinem Team für die grosse Arbeit zur Vorbereitung der beiden Konferenzen.

Der Vorsitzende schliesst die Sitzung um 12.10 Uhr.

Beilagen

mit der Einladung bereits zugestellt:

1. Protokoll der Frühjahrskonferenz 2021 vom 16. Oktober 2020 inkl. Beilagen
2. Resolution der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm

Beilagen gemäss Protokoll:

3. Präsentation Keel
4. Bericht Universität St.Gallen vom Juni 2021
5. Präsentation Scherer
6. Handout SDG
7. Präsentation Tedeschi
8. Dokumentation IBK Hearing Zielbild Raum und Verkehr
9. Vernehmlassung zum Zielbild vom 15. Oktober 2021
10. Berichterstattung aus der IBK
11. Artikel im Sarganserländer vom 18. Oktober 2021